

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	V
<i>Abkürzungs- und Literaturverzeichnis</i>	XV

Einleitung

Das öffentliche Recht in den Assessorklausuren

I. Die Examensrelevanz verwaltungsgerichtlicher Urteile und Beschlüsse	1
II. Die Klausurtypen im öffentlichen Recht	1
III. Die examensrelevanten Kenntnisse und Fähigkeiten im öffentlichen Recht	2
IV. Der didaktische Ansatz des vorliegenden Buches	4

Teil 1

Das verwaltungsgerichtliche Klageverfahren

A. Die Arten verwaltungsgerichtlicher Urteile	5
I. Das Endurteil	5
II. Das Teilurteil	5
III. Das Zwischenurteil	6
IV. Prozess- und Sachurteile	8
V. Das Anerkenntnisurteil	8
VI. Das Versäumnisurteil	9
B. Die Bindungswirkung verwaltungsgerichtlicher Urteile	10
I. Die formelle Rechtskraft	10
II. Die materielle Rechtskraft	10
III. Die Tatbestands- und Feststellungswirkung	11
IV. Die Reichweite der materiellen Rechtskraft	12
V. Die Bindungswirkungen bei einem Prozessurteil	13
C. Das Rubrum eines Urteils	15
I. Der Kopf des Rubrums	15
II. Die Bezeichnung des Klägers und seines Bevollmächtigten ...	17
III. Die Bezeichnung des Beklagten	19
IV. Die Bezeichnung sonstiger Beteiligter	21
V. Die Bezeichnung des Streitgegenstandes	21
VI. Die Bezeichnung des Gerichts und der mitwirkenden Richter	22
VII. Formulierungsbeispiel eines vollständige Rubrums	24

D. Der Tenor eines Urteils	24
I. Der Hauptausspruch	25
1. Die Klageabweisung	25
2. Die Klagestattgabe	26
3. Teilrücknahme und Teilerledigung	34
II. Die Kostenentscheidung	36
1. Die Unterschiede zwischen Kostenlastentscheidung, Kostenfestsetzung und Kostenansatz	36
2. Unterliegen einer Partei in vollem Umfang	36
3. Teilweises Obsiegen und Unterliegen	38
4. Die Kosten des Beigeladenen	40
5. Die Kosten des Vertreters des öffentlichen Interesses	42
6. Die Kosten einer Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ..	42
7. Die Kostenverteilung bei einer Untätigkeitsklage	43
8. Die Kostenverteilung bei einer Teilerledigung	44
9. Die Kostenverteilung bei einer Teilrücknahme der Klage ..	45
III. Die vorläufige Vollstreckbarkeit	46
1. Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen	46
2. Feststellungsklagen	49
3. Die allgemeine Leistungsklage	49
4. Teilrücknahme und Teilerledigung	50
IV. Sonstige Entscheidungen	51
1. Die Zulassung der Berufung	51
2. Die Zulassung der Sprungrevision	53
3. Die Notwendigkeit der Zuziehung eines Bevollmächtigten im Vorverfahren	54
V. Formulierungsbeispiele eines vollständigen Tenors	55
1. Die Anfechtungsklage	55
2. Die Verpflichtungsklage	56
3. Die Fortsetzungsfeststellungsklage	57
4. Die allgemeine Feststellungsklage	57
5. Die allgemeine Leistungsklage	58
6. Teilrücknahme der Klage	58
7. Teilerledigung der Klage	58
E. Der Tatbestand	59
I. Die Bedeutung und der Inhalt des Tatbestandes	59
1. Die Beweis- und Darlegungsfunktion	59
2. Der entscheidungserhebliche Sach- und Streitstand	60
3. Bezugnahmen	61
4. Die Tatbestandberichtigung	62
II. Allgemeine Anforderungen an die Formulierung des Tatbestandes	62
1. Die Methodik der Erfassung des Sachverhalts	63
2. Die Unterschiede zum Tatbestand eines zivilgerichtlichen Urteils	64

III. Die Grundstrukturen eines Tatbestandes	65
1. Der unstreitige Sachverhalt	65
2. Die Verwaltungsverfahrensgeschichte	66
3. Der Ablauf des Klageverfahrens	67
4. Teilrücknahme, Teilerledigung und Klageänderung	69
IV. Aufbauschema eines Tatbestandes	70
1. Anfechtungsklage	71
2. Verpflichtungsklage	71
F. Die Entscheidungsgründe	72
I. Die Bedeutung und der Inhalt der Entscheidungsgründe	72
1. Die Zwecke der Entscheidungsgründe	72
2. Der Umfang der Entscheidungsgründe	73
3. Bezugnahmen	74
4. Die Berichtigung der Entscheidungsgründe	74
5. Die Folgen fehlender oder unzureichender Entscheidungsgründe	74
II. Allgemeine Anforderungen an die Formulierung der Entscheidungsgründe	75
1. Konzentration auf die entscheidungserheblichen Aspekte ..	75
2. Der Urteilsstil	76
3. klare Gliederung und Gedankenführung	76
III. Die Einleitung der Entscheidungsgründe	78
1. Das Vorliegen einer Klage	78
2. überflüssige Einleitungssätze	79
3. Ausführungen zur Entscheidungsform	80
4. Die Klagehäufung	81
5. Die Auslegung des Klagebegehrens	81
6. Die Rubrumsberichtigung	82
IV. Die Zulässigkeitsprüfung	85
1. Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen	85
2. Die Fortsetzungsfeststellungsklage	91
3. Die allgemeine Feststellungsklage	96
4. Die allgemeine Leistungsklage	99
5. Häufig wiederkehrende prozessuale Fragestellungen	102
V. Die Begründetheitsprüfung	116
1. Der Prüfungsmaßstab der gerichtlichen Entscheidung	116
2. Der maßgebliche Beurteilungszeitpunkt des Verwaltungsgerichts	117
3. Die Anfechtungsklage	121
4. Die Verpflichtungsklage	144
5. Die Fortsetzungsfeststellungsklage	160
6. Die allgemeine Feststellungsklage	165
7. Die allgemeine Leistungsklage	166
VI. Nebenentscheidungen	167
1. Die Kostenentscheidung	167

2. Der Ausspruch zur vorläufigen Vollstreckbarkeit	168
3. Sonstige Nebenentscheidungen	169
G. Die Rechtsmittelbelehrung	169
H. Besondere Entscheidungsformen und Verfahrensgestaltungen	170
I. Der Gerichtsbescheid	170
1. Der Anwendungsbereich	171
2. Die Voraussetzungen für den Erlass eines Gerichtsbescheides	171
3. Die Formulierung eines Gerichtsbescheides	172
II. Die einseitige Erledigungserklärung	173
1. Das geänderte Klagebegehren	173
2. Die Zulässigkeit der Feststellungsklage	174
3. Die Begründetheit der Feststellungsklage	175
4. Das Sachentscheidungsinteresse des Beklagten	176
5. Aufbauschema	177
III. Der Antrag auf Fortsetzung des Verfahrens	177
1. Die wirksame Beendigung des ursprünglichen Rechtsstreits	177
2. Die fehlende wirksame Beendigung des ursprünglichen Rechtsstreits	180
IV. Der Kommunalverfassungs- und Organstreit	181
1. Die Zulässigkeitsprüfung	182
2. Die Begründetheitsprüfung	184

Teil 2

Die aufschiebende Wirkung eines Rechtsbehelfs

A. Der Regelfall der aufschiebende Wirkung gemäß § 80 Abs. 1 VwGO	185
I. Die Funktion der aufschiebenden Wirkung	185
II. Der Anwendungsbereich des § 80 Abs. 1 VwGO	186
III. Der Inhalt und die Folgen der aufschiebenden Wirkung	188
1. Der Meinungsstreit	189
2. Die Folgen der aufschiebenden Wirkung nach der Vollziehbarkeitstheorie	190
IV. Beginn, Fortdauer und Ende der aufschiebenden Wirkung	192
V. Rechtsbehelfe, die aufschiebende Wirkung auslösen	194
1. Unbegründete Rechtsbehelfe	195
2. Unzulässige Rechtsbehelfe	195
B. Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung gemäß § 80 Abs. 2 VwGO	198
I. Die Anforderung von öffentlichen Abgaben und Kosten	199
1. Öffentliche Abgaben	200
2. Öffentliche Kosten	201

II. Anordnungen und Maßnahmen von Polizeivollzugs- beamten	202
III. Der Ausschluss der aufschiebenden Wirkung durch Bundes- und Landesgesetze	204
IV. Die behördliche Anordnung der sofortigen Vollziehung	206
1. Die Rechtsnatur der Anordnung der sofortigen Vollziehung	206
2. Die formellen Voraussetzungen der Anordnung der sofortigen Vollziehung	207
3. Das besondere öffentliche Vollzugsinteresse	214
C. Das behördliche Aussetzungsverfahren	217
I. Die Unterschiede der Verfahren nach § 80 Abs. 4 und Abs. 5 VwGO	217
II. Die Zulässigkeitsprüfung	218
III. Die Begründetheitsprüfung	219
IV. Aufbauschema	221
D. Das gerichtliche Aussetzungsverfahren	221
I. Die Verfahrensgrundsätze	222
1. Die Unterschiede des gerichtlichen Aussetzungsverfahrens und des Klageverfahrens	222
2. Der Anspruch auf rechtliches Gehör	223
3. Mündliche Verhandlung	223
4. Summarisches Verfahren	223
5. Die Besetzung des Gerichts	225
6. Der „Hängebeschluss“	225
II. Die Zulässigkeitsprüfung	226
1. Die Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	226
2. Die Statthaftigkeit	226
3. Die Zuständigkeit des Gerichts	232
4. Die Antragsbefugnis	233
5. Vorheriger Aussetzungsantrag bei der Behörde	233
6. Der richtiger Antragsgegner	233
7. Das Rechtsschutzbedürfnis	234
8. Entgegenstehende Rechtskraft	235
III. Die Begründetheitsprüfung	235
1. Der maßgebliche Beurteilungszeitpunkt	236
2. Der Meinungsstreit über den Prüfungsmaßstab	236
3. Der Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	238
4. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung	246
5. Der klassischer Klausurfall: Ordnungsverfügung mit Grundverwaltungsakt und Androhung eines Zwangsmittels	247

IV. Die äußere Gestaltung eines Beschlusses nach § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO	249
1. Das Rubrum	249
2. Der Tenor	251
3. Die „Gründe“	252
V. Besondere Fallkonstellationen im gerichtlichen Verfahren ...	254
1. Der Antrag auf Rückgängigmachung der Vollziehung	254
2. Der sog. faktische Vollzug	255
3. Erledigung des Aussetzungsverfahrens	256
4. Der Abänderungsantrag gemäß § 80 Abs. 7 VwGO	256
5. Verwaltungsakte mit Doppelwirkung	258
 Teil 3	
Das Verfahren auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	
A. Die Bedeutung der einstweiligen Anordnung	265
I. Die Auffangfunktion	265
II. Die Sicherungs- und Befriedungsfunktion	265
III. Die Unterschiede des Verfahrens nach § 123 VwGO und des Klageverfahrens	266
IV. Die Klausurrelevanz der einstweiligen Anordnung	267
B. Verfahrensgrundsätze	268
I. Summarisches Verfahren	268
II. Erledigung des Verfahrens	271
C. Die Zulässigkeitsprüfung	272
I. Die Unterscheidung zwischen Zulässigkeit und Begründetheit	272
II. Die Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	273
III. Die Statthaftigkeit	274
1. § 123 Abs. 5 VwGO	274
2. Sicherungs- oder Regelungsanordnung	276
3. Einlegung eines Rechtsbehelfs in der Hauptsache	277
IV. Zuständigkeit des Gerichts	277
V. Die Antragsbefugnis	279
VI. Die ordnungsgemäße Antragstellung	279
VII. Rechtsschutzbedürfnis	280
D. Die Begründetheitsprüfung	282
I. Fehlende Relevanz der unterschiedlichen Anordnungsarten für den Prüfungsmaßstab	282
II. Die Reihenfolge der Prüfung des Anordnungsgrundes und -anspruchs	283
III. Der maßgebliche Beurteilungszeitpunkt	284
IV. Der Anordnungsgrund	284

V. Der Anordnungsanspruch	286
VI. Die Vorwegnahme der Hauptsache	289
1. Der Begriff der Vorwegnahme der Hauptsache	289
2. Der geänderte Prüfungsmaßstab	290
3. Der Prüfungsaufbau	291
VII. Interessenabwägung	293
E. Der Inhalt und die Wirkung der Entscheidung des Verwaltungsgerichts	295
I. Das „Wie“ der einstweiligen Anordnung	295
II. Die Rechtswirkungen	296
F. Die äußere Gestaltung eines Beschlusses	296
I. Das Rubrum	296
II. Der Tenor	297
G. Das Abänderungsverfahren	298
 Teil 4	
Aufbauschemata	
A. Anfechtungsklage	300
B. Verpflichtungsklage	301
I. Vornahmeklage (§ 113 Abs. 5 Satz 1 VwGO)	301
II. Bescheidungsklage (§ 113 Abs. 5 Satz 2 VwGO)	301
III. Hauptantrag Vornahmeklage und Hilfsantrag Bescheidungsklage	301
C. Fortsetzungsfeststellungsklage	302
I. Übergang von der Anfechtungs- zur Fortsetzungs- feststellungsklage	302
II. Übergang von der Verpflichtungs- zur Fortsetzungs- feststellungsklage (gebundener Verwaltungsakt)	302
III. Übergang von der Verpflichtungs- zur Fortsetzungs- feststellungsklage (Ermessensverwaltungsakt)	303
D. Nichtigkeitsfeststellungsklage (§ 43 Abs. 1 VwGO)	303
E. Allgemeine Leistungsklage	304
I. Klage gegen belastendes schlichtes Verwaltungshandeln	304
II. Klage auf Vornahme schlichten Verwaltungshandeln	304
F. Einseitige Erledigungserklärung	304
G. Antrag auf Fortsetzung des Verfahrens	305
I. Erfolgreicher Antrag auf Fortsetzung des Verfahrens	305
II. Erfolgreicher Antrag auf Fortsetzung des Verfahrens	305

H. Antrag auf Aussetzung der Vollziehung nach § 80 Abs. 4 VwGO	305
I. Antrag auf Aussetzung der Vollziehung nach § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO	306
I. Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung ..	306
II. Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung	306
III. Der klassische Klausurfall: Ordnungsverfügung mit Grundverwaltungsakt und Androhung eines Zwangsmittels	307
J. Der Abänderungsantrag gemäß § 80 Abs. 7 VwGO	307
K. Anträge nach § 80a Abs. 3 VwGO	308
I. Antrag auf Anordnung der sofortigen Vollziehung	308
II. Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung ..	308
III. Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung	309
L. Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	309
Teil 5	
Musterklausuren	
A. Anfechtungsklage	310
I. Klausurtext	310
II. Musterlösung der Klausur	319
B. Verpflichtungsklage	325
I. Klausurtext	325
II. Musterlösung der Klausur	336
C. Antrag auf Aussetzung der Vollziehung	342
I. Klausurtext	342
II. Musterlösung der Klausur	350
D. Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	356
I. Klausurtext	356
II. Musterlösung der Klausur	364
<i>Stichwortverzeichnis</i>	369